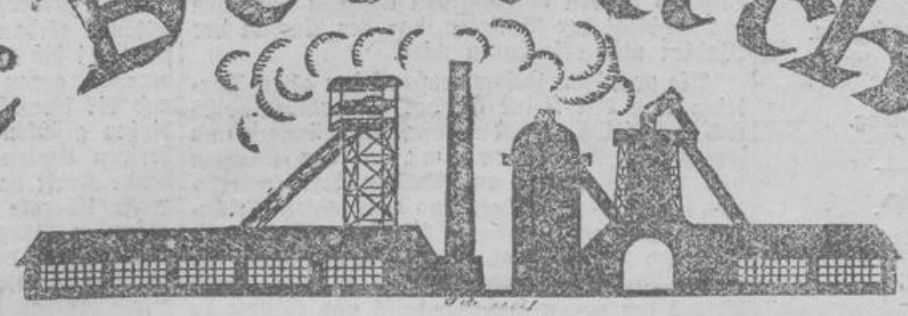
Der Beobachter



für die Lande an Sieg und Dill, an Lahn, Lenne und Eder.
Wochenschrift der Deutschen Volkspartei des Siegerlandes.

2. Jahrg.	Der „Beobachter" kostet **vierteljährlich Mk. 2.10** ohne Bringerlohn und Postgebühren. Er wird bestellt bei allen Postanstalten, sowie in der Geschäftsstelle **Brüderweg 1** und der Druckerei **Obergraben 5/1.**	Samstag, 5. Juni 1920	Anzeigen, die nur in beschränktem Umfange aufgenommen werden, finden im „Beobachter" weiteste Verbreitung. **Die Kleinzeile kostet Mk. 0.30.** bei Mehraufnahmen entsprechender Preisnachlaß.	23. Folge

Wähler in Stadt und Land! Deutsche Männer und Frauen!

Die Hoffnung unseres Volkes, im Jahre 1919 durch die Wahlen zur Nationalversammlung endlich Ruhe und Ordnung zu bekommen, hat sich nicht erfüllt. Friede, Freiheit, Brot, die uns damals versprochen wurden, sind leere Schlagwörter geblieben.

Statt eines Rechtsfriedens mit unseren Gegnern das Ausbeutungsprogramm von Versailles, statt Frieden im Innern Bruderkampf und Aufruhr.

Statt Freiheit Knechtung durch unsere Feinde, Klassenherrschaft im Innern.

Statt Brot drückende Teuerung und Lebensmittelnot durch Schiebertum und Wucher.

Die heutige Regierung ist außerstande, dem Abhilfe zu schaffen, denn sie ist einseitig an Parteiprogramme gebunden und kann daher das Wohl des Gesamtvolkes nicht in der nötigen Weise fördern.

Wie kommen wir aus diesen Nöten heraus?
Wann endlich wird wieder Zucht und Ordnung,
Gesetzmäßigkeit und Ruhe herrschen?

Als vor mehr als hundert Jahren Deutschland unter Fremdherrschaft und in Not seufzte, zeigte ein liberaler Mann von tiefer nationaler und sozialer Gesinnung, Freiherr vom Stein, ihm den Weg aus Not und Elend. Damals wurde dem Bauern die Freiheit, dem Städter die Selbstverwaltung verschafft. Auf diesen beiden Eckpfeilern vollzog sich der innere Aufbau des Staates. Der Geist jener Männer soll auch unsere Arbeit an der Rettung unseres Volkes leiten!

Will das deutsche Volk sich wieder aus seinem Elend herausarbeiten, so muß es an seiner sittlichen und wirtschaftlichen Wiedergeburt in nationalem, liberalem und sozialem Geiste arbeiten.

Echt deutsches Empfinden und Handeln muß wieder unser aller Gemeingut werden; dazu muß unsere Jugend erzogen werden.

Gemeinnützig muß unser Denken und Tun sein. Achtung vor unserem Volksgenossen, wes Standes er auch sei, muß uns leiten. Gerechter Ausgleich zwischen allen Berufen, zwischen dem Einzelnen und dem Volksganzen muß geschaffen werden.

Liberal muß unsere Anschauung auf allen Gebieten sein. Jedem muß so viel Freiheit gewährleistet werden, wie sich mit den berechtigten Ansprüchen der Allgemeinheit und des Mitmenschen verträgt.

Die sittliche Erneuerung unseres Volkes muß unsere vornehmste Pflicht werden, sie ist aber nur auf dem Boden echter Religiosität möglich. Daher darf die Religion nicht aus Schule und Haus verschwinden.

Dann werden dem deutschen Volke Männer und Frauen erstehen, die nicht in einseitigem Parteiinteresse handeln, sondern in reiner Vaterlandsliebe ihr Bestes tun, um die Wunden zu heilen, die der Krieg und die heutige unglückliche Mißwirtschaft uns geschlagen haben. Wir wollen

keine Sozialisierung, sondern das freie Wirken und Schaffen des tüchtigen Unternehmer- und Bauernstandes, eine Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer unter voller Wahrung der berechtigten Ansprüche beider;

keine Kommunalisierung, statt dessen Hebung unseres schwer geschädigten Handwerker- und Gewerbestandes;

keine Verewigung der Zwangswirtschaft, sondern ihren baldigen Abbau aus wirtschaftlichen und sittlichen Gründen;

keinen Klassenkampf und Volksverhetzung, sondern Volksversöhnung;

keine Putsche, mögen sie von rechts oder links kommen, sondern Besserung unserer jetzigen unhaltbaren Zustände auf verfassungsmäßigem Wege und scharfe Unterdrückung aller Aufruhr- und Plünderungsversuche.

Nur treue Hingabe eines Jeden an Volk und Vaterland, Zurücksetzung des eigenen Ich im Interesse der Allgemeinheit kann uns retten.

Das sind die Grundsätze und Ziele, für die die Deutsche Volkspartei eintritt.

Wer zu diesen nationalen, liberalen und sozialen Gedanken sich bekennt, die einst das deutsche Volk aus Fremdherrschaft und Not befreiten, wer nach diesen Grundsätzen an der Rettung unseres Volkes mitarbeiten will, der komme zur **Deutschen Volkspartei**, der wähle die Liste

Winnefeld-Vögler-Klingspor.

Inhalt der Nummer:

Wahlaufruf.
National! Liberal! Sozial!
Die Deutsche Volkspartei eine Partei des Kulturkampfes?
Staatsminister Heinze über die Reichstagswahlen.
Bodenreform und Parteipolitik.
Die Deutsche Volkspartei und die Angestellten.
Wahlgespenster.
Der U-Bootkrieg als Wahlmanöver.
Wozu erst wählen?
Die zweite deutsche Nationalversammlung.
Auf zur Wahl.

Zum 6. Juni 1920.

Mein deutsches Volk, sei wieder wach,
Du kannst dein Schicksal wenden;
Am 6. Juni kommt der Tag —
Da trägst du's selbst in Händen.

Erwach aus deinem Fieberbann,
Erkenn dich selber wieder,
Erhebe dich und sei ein Mann,
Und prüfe deine Glieder!

Getreu, trotz aller Schmach und Not,
Bleib deinen alten Farben;
Die Fahne war es — schwarz-weiß-rot,
Für die die Brüder starben.

Nicht sei das Höchste dir „Partei",
Nein, tief im Herzen schall es:
Dem Vaterland gilt meine Treu,
Mein Deutschland über alles!

So geht zur Urne, Frau und Mann,
Ihr Söhne und ihr Töchter;
Du deutsches Volk, heran, heran,
Sei deines Hauses Wächter!

Mach' reine Bahn im eignen Haus —
„Wahlzettel" sei dein Besen,
Kehr all den Schmutz und Unrat aus —
Erst dann wirst du genesen!

„National! Liberal! Sozial!"

Von Generalsekretär **H. Dieckmann.**

Das Zeitalter der Zersetzung, dessen Augen- und Ohrenzeugen wir täglich von neuem werden, hat den Keim der Auflösung in Dinge hineingetragen, die noch vor kurzer Zeit gegen derartige Möglichkeit ganz und gar geschützt erschienen. Es ist daher nur natürlich, daß den altgewohnten Parteibegriffen im stürmenden Lauf der jungen und jüngsten Entwicklung vielfach ein neuer Sinn und eine neue Bedeutung aufgeprägt worden ist. Keine einzige Partei hat sich nach der Revolution dem Zwange dieses politischen Entwicklungsgesetzes zu entziehen vermocht, wobei es gänzlich belanglos ist, ob die Anerkennung dieses Gesetzes von den einzelnen Parteien auch äußerlich, also insbesondere durch eine Aenderung des Namens, zum Ausdruck gebracht worden ist oder nicht.

Anderthalb Jahre haben nun die Parteien Gelegenheit und Zeit gehabt, sich in ihre Neustruktur oder Neugewandung einzuleben. Es zeigte sich schon bald, daß der Anstoß zur inneren Neugestaltung, den die Revolution gegeben hatte, mit ihr selbst weiterwirkte.

Man hat die aus der Geschichte von Welt und Menschheit nie mehr auszutilgende gegenwärtige Zeit die Epoche der sozialen Revolution genannt. Vielleicht mit viel Berechtigung, wenngleich wir als Zeitgenossen noch zu wenig Distanz von den Dingen selbst haben, um die charakteristische große Entwicklungslinie hier schon irgendwie sicher bestimmen zu können. Fest steht nur eins: daß weder kritische noch vergleichende nationalökonomische, historische oder philosophische Betrachtung aus sich imstande sind, das Gesetz dieser Entwicklung mit absoluter Sicherheit zu erfassen, daß vielmehr für die Richtigkeit der Bewertung des gesamten, in seinem revolutionären Ausgangspunkt von vornherein in gewissem Sinne historisch bedingten Entwicklungsganges allein ausschlaggebend sein konnte und sein kann **die innere, die seelische Einstellung der Einzelpersönlichkeit.** Die mehr oder minder große Eignung und Bereitwilligkeit der in den politischen Parteien des Deutschen Reiches nach der Revolution führenden oder führend gewordenen Persönlichkeiten zu solch innerer Einstellung und der Grad der Beharrlichkeit zu und in dieser Einstellung entschied in den vergangenen achtzehn Monaten das Schicksal der Parteien, das der Ausfall der Wahlen nun offenbaren wird.

Als nach dem Zusammenbruch der alten Parteien eine erst kleine Anzahl von vaterländisch und freiheitlich gesinnten deutschen Männern und Frauen in Dr. **Stresemann** den jüngsten und dennoch bereits am stärksten hervorgetretenen bürgerlichen Führer aus dem letzten Reichstag der Kaiserzeit hat und bestürmte, Wege weisend und Ziele setzend dem Grundgedanken der alten Nationalliberalen Partei in der neuen Politik der neuen Zeit Ausdruck und Gestalt zu verleihen, und als Stresemann dann diesem Ruf endlich Folge gab, blieben Tausende und aber Tausende von denjenigen, die ihrer Grundauffassung nach zu ihm und seinen Mitkämpfern gehörten, dem nun auf zersplittertem Schaft mit kühnem und festem Griff neugehißten alten Banner von **Freiheit** und **Vaterland** fern, weil ihre Seelen müde und ihre Herzen mutlos geworden waren. Und als die unverzagte und aufrechte Schar der Getreuen dann mit dem Siegesglauben im Herzen, der Berge versetzt, der Neugründung den Namen „Deutsche Volkspartei" gab, **obwohl** sie wußte, daß sie, wollte man die Stimmen zählen und nicht wägen, damals vorerst nur einen nicht irgendwie entscheidenden Bruchteil unseres Volkes darstellen würde, — da wurde dieser Taufakt von diesen als lächerlich und von jenen als anmaßend beurteilt: — vom **Geiste** der Gründer und Namengeber hatten sie alle nicht einen Hauch verspürt. Das große Unglück des verlorenen Krieges, vervielfacht noch durch die mittelbaren und unmittelbaren Folgen der Revolution, dazu die Einwirkung des verderblichen Selbstbeschuldigens und Selbstbezichtigens der Deutschen, die in jenen Tagen die Saat der Zwietracht schnell und üppig ins Kraut schießen ließ, hatte auch bei der großen Mehrheit des durch übergroße Kriegsopfer, Hunger und Entbehrung schon länger geschwächten deutschen **Bürgertums** die innere Widerstandsfähigkeit gebrochen. Und so verfiel ein Teil dieses Bürgertums in den Fehler, aus dem Bewußtsein vormals Versäumten und Vernachlässigten heraus die schnell geschaffene Phraseologie von Schichten unseres Volkes, die einen Sonderanspruch auf Unzufriedenheit erheben zu dürfen glaubten, zu der seinen zu machen, etwa im Sinne des mephistophelischen Ausspruches:

„Der Mensch vernimmt nur, was ihm schmeichelt,
Sprich mit dem Frommen von der Tugend Lohn,
Von Freiheit und von Gleichheit mit dem Volke."

Der andere Teil versank in die unfruchtbare Resignation, die Goethe ebenfalls (im Faust 2) schon vorempfunden hat, wenn er den Chor sprechen läßt:

„Alles was je geschieht
Hertigen Tages,
Trauriger Nachklang ist's
Herrlicher Ahnherrntage."

Wenn gegenüber diesen Stimmungen die Schar um Stresemann sich damals schon die Deutsche Volkspartei nannte, so lag in diesem Namen ein erst heute recht erkennbares Großmaß von klarer Voraussicht und Erkenntnis kommender Aufgaben und beginnender Entwicklungen. Der Name legte davon Zeugnis ab, daß alle die, die sich unter diesem Banner schaffend zusammenfanden, **nicht gewillt** waren, auf ihren voll berechtigten Anteil an **wahrem** deutschen Volkstum aus Furcht vor den Massen zu verzichten, und daß sie es weiter als ihre heilige Pflicht ansahen, dem revolutionär-populären Begriff von „Volk" einen neuen Volksbegriff mit Tatkraft gegenüberzustellen, der in dem nationalen, liberalen und sozialen Gedanken seinen festen Grund hatte, der den Klassenkampf nicht kannte und an seine Stelle Ausgleich und Versöhnung setzte, und so durch die Gemeinschaft der Arbeit bei gegenseitiger Anerkennung der Lebens- und Existenzbedingungen der einzelnen Stände und Berufe zum Arbeitsfrieden und durch diesen zur **nationalen Volksgemeinschaft** zu gelangen, deren „Schwellkraft, die die einzelnen Glieder dieser Gemeinschaft aufwärts treibt, in der Erde, der **Heimaterde** liegt".

Mit geradezu elementarer Gewalt hat dieser leitende Gedanken der **Deutschen Volkspartei** sich endlich durchgesetzt gegen alle Hemmungen, gegen allen Widerstand. Bleibt er — und die Gewähr dafür ist vorhanden — in der bisher geübten Weise und in dem ganzen bisherigen Umfange die stärkste, die aus sich treibende Kraft im Wirken der Partei, so ist sie die große liberale Sammelpartei für alle deutschgesinnten Bürger und Arbeiter, berufen und auserwählt, den **Wiederaufbau** des zerrütteten deutschen Volkstums und damit den Wiederaufbau des Reiches und seiner Wirtschaft führend in die Wege zu leiten.

Tönend und hallend ruft nun der gute Dreiklang „National! Liberal! Sozial!" zum Wahlkampf die Freunde der Deutschen Volkspartei in Stadt und Land auf die Schanzen:

„Wir fragen nicht nach rechts und links,
Wir harren nicht in Sklavenart
Voll Demut des erhabenen Winks,
Der Murrende zur Arbeit schart —
Wir wollen stark und froh und frei
Selbst blutend regen noch die Hand;
Doch aller Arbeit Ernte sei
Das Vaterland!

. . . Und standen wir beiseite still,
Jetzt laut zu rufen sei uns Pflicht! —
Und wenn das Volk zur Urne geht,
So hält es fest mit Herz und Hand:
Hoch über allem Kleinen steht
Das Vaterland!" (Paul Warncke)

Die Deutsche Volkspartei eine Partei des Kulturkampfes?

Seit einiger Zeit können wir allenthalben im Wahlkreis „Arnsberg" beobachten, wie Zentrumsblätter ihrem Unwillen über die im Sauerland und im Münsterland stetig wachsenden Ortsgruppen der Deutschen Volkspartei dadurch Luft zu machen suchen, daß sie die Deutsche Volkspartei als eine Partei verdächtigen, die durchaus den Kulturkampf wieder erwecken wolle. Namentlich die „Tremonia" in Dortmund hat sich erkühnt, die Deutsche Volkspartei als eine Partei „Everling" zu bezeichnen, der bekanntlich der Vorsitzende des Evangelischen Bundes ist, und von unseren Parteigenossen in Sachsen an dritter Stelle als Reichstagskandidat aufgestellt worden ist. Neuerdings reitet die „Tremonia" ein neues Pferd im Wahlkampf: sie reißt einen von der „Dortmunder Zeitung" sinnentstellend wiedergegebenen Satz einer Rede unseres Abgeordneten **Boelitz** aus dem Zusammenhang heraus, und wirft ihm kulturkämpferische Absichten vor. Die gesamte Zentrumspresse Westfalens übernimmt den Artikel der „Tremonia" als willkommenen Agitationsstoff, und versucht, wie auch das hiesige „Sieg-Rheinische Volksblatt", unsere katholischen Wähler zu beunruhigen. Wir sind in der Lage, die Ansichten unseres Abgeordneten über die **Notwendigkeit des konfessionellen Friedens** wiederzugeben, und veröffentlichen gerne einen Aufsatz aus seiner Feder, der ernsteste Beachtung verdient:

Das Wort „Kulturkampf" ist von Zentrumsseite in den eineinhalb Jahren der demokratisch-sozialistischen Regierungszeit der neuen deutschen Republik nicht selten mit Schärfe und Nachdruck gesprochen worden: Der tiefe Gegensatz zwischen der christlichen Weltanschauung des Zentrums und der sozialistischen Weltanschauung, die in der rein weltlichen Schule ihr Ideal sieht und die christliche, konfessionelle Schule beseitigen möchte, hat zu Spannungen innerhalb der Koalition geführt, die einige Male völlig unerträglich zu werden schienen. Das Wort „Kulturkampf" war dann aber immer gegen die Freunde zur Linken in der Koalition gerichtet, gegen die Sozialisten, und den Demokraten, die in wichtigen Schulfragen mit den Mehrheitssozialisten gingen, galt auch ein starker Teil ihres Mißtrauens. Weder

in der Nationalversammlung noch in der Preußischen Landesversammlung haben wir jedoch, abgesehen von jener völlig mißlungenen Verteidigung (!) des berüchtigten Erlasses des sozialistischen Ministers Haenisch betreffend Abschaffung der Geschichtsbücher von seiten des Zentrumsmitgliedes, Unterstaatssekretärs Wildermann, etwas von Kulturkampfstimmung zwischen Zentrum und Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei gehört. Der Senior der Deutschen Volkspartei Kahl hat erklärt, daß er in allen wichtigen Kulturfragen Hand in Hand mit dem Abg. Mausbach gegangen sei, und ich habe in meiner Dortmunder Rede vom 20 v. M. darauf hingewiesen, daß in der Preußischen Landesversammlung die Deutsche Volkspartei in fast allen Fragen, die die Kulturpolitik berührten, mit dem Zentrum gestimmt habe. Ich habe während der 1½ Jahre, die hinter uns liegen, nur immer das eine beobachtet und freudig vertreten: **gemeinsamen Kampf mit der zurzeit bestehenden Zentrumspartei gegen die Mächte, die die Religion aus der Schule und aus dem öffentlichen Leben herausbrechen möchten.**

In Wort und Schrift habe ich unzählige Male über diese Pflicht der Parteien gesprochen, die dem Christentum einen entscheidenden Einfluß in der Gestaltung des kulturellen Lebens einräumen, und es gilt in dem schweren Kampf, der von links eröffnet ist, gemeinsame Abwehr und gemeinsames Ausharren.

Den „Luxus einer gegenseitigen Befehdung", die wir aus dem echt liberalen Geist des gegenseitigen Sichtragens, des Verständnisses für die religiöse Eigenart des andern aufs strikteste ablehnen, kann sich dabei keine Partei gestatten. Wir bedauern den Kulturkampf der siebziger Jahre und freuen uns, daß die völlige Gleichberechtigung aller Staatsbürger, die durch die Verfassung gewährleistet ist, nun sicher nie wieder zu Zurücksetzungen um des Glaubens willen führt, und sind gewiß, daß es keine Regierung wagen wird, gegen eine Kirche — sei es die katholische, sei es die evangelische — einen Kampf zu eröffnen. Wir weisen den Gedanken eines Kulturkampfes mit der größten Entschiedenheit zurück und legen feierlich Verwahrung dagegen ein, wenn die „Tremonia" in ihrem Artikel vom 21. Mai d. J. sich erkühnt, die Deutsche Volkspartei die „Partei Everling" zu nennen, um durch diesen Namen des Vorsitzenden des „Evangelischen Bundes", der an dritter Stelle auf der Liste der Kandidaten der Deutschen Volkspartei in Sachsen steht, die Deutsche Volkspartei in den Augen aller guten Katholiken zu diskreditieren, die ihren Anschluß bei uns gefunden haben, die wir in unseren Grundsätzen bekennen, daß das Christentum ein Grundpfeiler deutscher Kultur und deutschen Volkslebens ist. Wenn die „Tremonia" von der Deutschen Volkspartei sagt: „Die Partei Everling trägt das Stigma am Kopf, daß die Zukunft nicht anders sein wird, wie früher, wenn sie die Macht dazu hat", so ist eine solche Prophetenstimme geboren aus dem Geist, der Zwietracht säen will.

Die Deutsche Volkspartei hat verschiedentlich offiziell erklären lassen, daß ihr jeder Gedanke an einen Kulturkampf fernliege und daß sie sich allzeit gerne mit dem Zentrum auf die gemeinsamen Gedanken besinne. Aber, wer hat denn schon vor Monaten an bedeutsamer Stelle im Preußischen Abgeordneten am 21. Februar d. J. die Worte gesprochen: **„Wir Katholiken in Deutschland und besonders in Preußen werden die Erinnerung an den Kulturkampf bei den heranwachsenden Geschlechtern stets wach erhalten"**, Worte, die wahrlich nicht darauf schließen lassen, daß das Zentrum gewillt ist, nicht immer wieder die Vergangenheit in die Gegenwart hineinzuziehen? Das war der Zentrumsabgeordnete Wildermann, der jetzt als parlamentarischer Unterstaatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung sitzt. Und wer ist es gewesen, der in einer öffentlichen Wählerversammlung des Zentrums in Arnsberg am 11. Mai d. J nach dem Berichte des „Zentral-Volksblatts" immer wieder die Erinnerung an den nun bald 50 Jahre hinter uns liegenden Kulturkampf aufwühlte? Das war der Abg. Gronowski-Dortmund, der die Worte fand: **„Wir werden es niemals vergessen, daß damals unter Mitwirkung einer Partei, die jetzt im katholischen Sauerlande auf den Stimmenfang (!) ausgeht, Tausende unbescholtener Ordensleute aus ihrem Vaterlande ausgewiesen wurden und im Auslande das bittere Brot der Verbannung essen mußten. Damals war das Zentrum unser einziger Schutz, während die Partei, die sich heute Deutsche Volkspartei nennt, unsere berechtigten Forderungen hohnlachend abwies. Zu Söhnen und Töchtern der Leute, die uns damals kaltblütig unserer heiligsten Rechte beraubten, können wir heute kein Vertrauen haben."**

Wer zerrt da, um mit den Worten der „Tremonia" zu sprechen, konfessionelle Momente ohne jede Veranlassung in den politischen Kampf?

„Ohne jede Veranlassung"? nein! Wir verstehen es durchaus, wenn das Zentrum nach den schweren Erschütterungen, die es der Erzbergerpolitik zu verdanken hat, seinem Unmut Luft macht und daß es der Deutschen Volkspartei gram zu werden beginnt, wenn es sieht, wie im „katholischen Sauerland" und im Münsterland eine blühende Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei nach der anderen entsteht. Gerade so wie die neugebildete Christliche Volkspartei Kölner Richtung weite Kreise aus dem Zentrum in sich aufnimmt, die die bisherige Zentrumspolitik für verderbenbringend halten, treten täglich alte Zentrumsangehörige in die Deutsche Volkspartei ein, weil sie die Diktatur des linken Flügels im Zentrum nicht mehr ertragen wollen und ihre christlichen Interessen genau so gut in der Deutschen Volkspartei vertreten wissen. Auch in der Deutschen Volkspartei kann ein Katholik genau so gut ein guter Katholik bleiben wie im Zentrum; das sollte die „Tremonia" wissen und nicht versuchen, die Deutsche Volkspartei als eine Partei Everling hinzustellen.

Die Deutsche Volkspartei ist die Nachfolgerin der alten nationalliberalen Partei, sie hat aber in wesentlichen Punkten andere politische Grundsätze, als sie die alte nationalliberale Partei hatte. Sie hat aus der Vergangenheit gelernt sie hat aus dem gewaltigen Krieg, aus Revolution und einer 1½jährigen demokratisch-sozialistischen Regierung gelernt. **Ihre Schul- und Kirchenpolitik ist auf die Versöhnung der Konfessionen gestellt, auf gemeinsame Verteidigung und gemeinsame Abwehr.** Der Kampf, der in den siebziger Jahren zwischen dem Zentrum, als dem Vertreter der katholischen Weltanschauung, und dem Protestantismus zum Nachteil unseres Vaterlandes getobt hat, ist für die Deutsche Volkspartei endgültig erledigt. Die Deutsche Volkspartei wird sich nicht erkühnen, den Katholizismus irgendwie anzugreifen. Ein solcher Kampf wäre Widerspruch gegen die eigenen Grundsätze, wäre ein Hohn auf das Wesen des Liberalismus, der ja gerade darin besteht, daß wir in Glaubenssachen jedem seine Freiheit lassen. Wie jemand zu seinem Gott im Himmel steht, das ist seine ureigenste Angelegenheit, in die kein Satz eines parteipolitischen Programms einzudringen ein Recht hat.

Der Kampf zwischen dem Zentrum, als der Hüterin des katholischen Glaubens in allen Fragen, die durch die Politik berührt werden konnten, und der protestantischen Weltanschauung hat getobt, das wissen wir alle. Es gibt jetzt keinen Angriff mehr von seiten irgend einer politischen Partei, die mit den alten Parteien zusammenhängt, die einst in diesen Kulturkampf verwickelt waren — auch ein Mann, wie Everling, denkt nicht daran, einen neuen Kulturkampf zu entfesseln —, es gibt so auch keinen Kampf mehr, den das Zentrum gegen die vermeintlichen Träger protestantischer Angriffe zu kämpfen hätte. Dieser Kampf um die in Gefahr stehenden Güter hat in den letzten 50 Jahren das Zentrum zusammengeschweißt zu einem starken Block, der jetzt im neuen Staat und in der neuen Zeit keine Existenzberechtigung mehr hat. Die furchtbare Not der Tage schreit nach der großen, einheitlichen starken Front, in die alle eintreten sollten, die guten Willens sind, an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes mitzuarbeiten, schreit nach der großen nationalen, sozialen, liberalen Mittelpartei auf christlicher Grundlage, in der es keinen Unterschied der Konfessionen gibt. Für diese große deutsche Einheitspartei zu kämpfen wird stets meine Aufgabe sein. Komme ich da zu dem Ergebnis, daß das Zentrum nunmehr in der Zeit des konfessionellen Friedens keine Existenzberechtigung mehr habe, so ist das eine politische Anschauung, die mit Glauben und Glaubenssachen, mit Katholizismus und Protestantismus nichts zu tun hat. Nicht der Kulturkampf, sondern der konfessionelle Friede ist — trotz der „Tremonia" — mein heißester Wunsch!

Ernteschutz.

Die deutsche Landwirtschaft ist nicht nur ein Beruf, sondern sie ist eine Wissenschaft, die vor allen Dingen keine Experimente verträgt u. die niemals unter der Zwangswirtschaft gedeihen kann. Unsere Volksernährung wird sichergestellt durch die Tatkraft unserer Landwirte, die des Segens von oben zum Erfolg ihrer Arbeit bedürfen und denen man Lust und Liebe zu ihrem Berufe lassen muß. Eine verkehrte Politik wäre es darum, den Landwirt durch unnütze Vorschriften zu belästigen. Dringend möchte ich deshalb die Reichsregierung nochmals bitten, bei der Landwirtschaft keinerlei Experimente zu riskieren.

Der Abg. Dusche zur Interpellation

der Deutschen Volkspartei

über die Gefährdung der Ernte in der Nationalversammlung

Wählt Liste Winnefeld-Vögler-Westermann.

Staatsminister Heinze über die Reichstagswahlen.

Der Vorsitzende der Fraktion der Deutschen Volkspartei in der Nationalversammlung, der sächsische Staatsminister a. D. Dr. Heinze, sprach in Leipzig über die Forderungen, die die Deutsche Volkspartei in erster Linie durch den neuen Reichstag zum Wohle des gesamten Volkes durchkämpfen will. Einleitend beschäftigte sich der Redner mit der Koalitionsregierung, von der er anerkannte, daß sie in einer außerordentlich schwierigen Lage war, als sie die Regierung nach dem Zusammenbruch übernahm. Es ist ferner anzuerkennen, daß auch in der gegenwärtigen Regierung eine ganze Anzahl von Männern sitzt, die ihr Bestes daran geben, um den Staat auf richtige Bahnen zu führen. Wogegen sich aber die Auffassung der Deutschen Volkspartei richtet, das ist der Geist, der diesem ganzen System zugrunde liegt. Der Kardinalpunkt, den die Deutsche Volkspartei in den Mittelpunkt ihrer Forderungen stellt, ist der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Gegen diese Forderung haben alle anderen zurückzutreten. Auch die nach der Staatsform erscheint deshalb als die sekundäre, weil die beste Staatsform wertlos wird, wenn die wirtschaftliche Basis brüchig ist. Keine Kultur ist

denkbar, ohne daß das Volk sich wirtschaftlich wohl befindet. Um den Wiederaufbau zu ermöglichen, ist es vor allem wieder notwendig, daß alle lebendigen Kräfte organisch zusammengefaßt werden. Gewerbliche Körperschaften, Gewerkschaften, die Vereinigungen in Handel und Industrie müssen in den Dienst der großen Idee gestellt werden. Es ist eine der größten Schuld der Revolution, daß zahlreiche fachkundige Kräfte lahmgelegt worden sind. Ein noch viel schlimmerer Fehler war es, daß fachunkundige Leute an maßgebende Stellen gesetzt wurden. Zum Wiederaufbau aber ist weiter notwendig, daß Ordnung im Lande wieder einkehrt. Wir bedürfen weiter der Stetigkeit. Dazu aber gehört Macht, denn ein Staat, der keine Macht hat, besitzt auch keine Existenzberechtigung. Das gegenwärtige System aber ist nicht geeignet, diese Forderungen durchzuführen. Das, was die Revolution geschaffen hat, hätte der alte Staat auch gekonnt. Die Koalition in der Nationalversammlung ist nicht einheitlich. Das Zentrum vor allem nimmt eine ganz andere Haltung ein als die Demokraten. Es steht der Koalition innerlich ziemlich fremd gegenüber, vor allem in den Fragen der Religion und der Kultur. Den Kern bilden Sozialdemokratie und Demokratie, die beide beherrscht sind von einer unorganischen und undeutschen Auffassung des Staates. Die Deutsche Volkspartei aber ist keine Reaktionspartei, sie rechnet vielmehr mit den Tatsachen im Sinne des Fürsten Bismarck, der sich niemals auf Prinzipien festbiß. Demokraten und Sozialdemokraten suchen dagegen den Staat mit abgestandenen Prinzipien zu regieren. Ueberall zeigt sich der mangelnde Sinn für die konkreten Staatsnotwendigkeiten, für die Wirtschaft. Diesen Geist zeigt auch die deutsche Verfassung, weshalb die Deutsche Volkspartei nicht für sie stimmen konnte. Die Deutsche Volkspartei steht aber nicht außerhalb der Verfassung. Sondern um den wirtschaftlichen Wiederaufbau möglich zu machen, tritt sie auf den Boden der Verfassung und akzeptiert sie als Gesetz. Trotzdem hält sie letzten Endes die parlamentarisch-konstitutionelle Monarchie für die beste Staatsform für Deutschland. Sie sieht aber ein, daß im Augenblick eine Monarchie gar nicht wiederherzustellen ist. Deshalb muß auch die Frage der Staatsform vor dem wirtschaftlichen Wiederaufbau zurücktreten. Wenn wir die Verfassung umzugestalten gedenken, dann nur auf legalem Wege. Wir lehnen jede Gewalt von rechts und links ab. Der deutsche Staatsbau ruht jetzt auf der außerordentlich schwankenden Basis des parlamentarischen Systems. Die Regierung bildet weiter nichts als den Exponenten des Parlaments und eine Delegation der augenblicklichen Mehrheitsparteien. Dieses Prinzip der Zahl hält einfach den Tatsachen gegenüber nicht stand. Obendrein kann ein Staat, der keine Macht entfaltet, mit diesem Prinzip erst recht nichts ausrichten. So hat denn auch im März dieses Prinzip in Deutschland Schiffbruch erlitten, als die Gewerkschaften erklärten, sie würden den Wünschen der Regierung nur dann nachkommen, wenn sie einen maßgebenden Einfluß auf die Zusammensetzung der Regierung bekämen. Die Kräfte aber, die sich in den Gewerkschaften bemerkbar machen, hat die Demokratie im Verfassungswerk übersehen. Sie mußte deshalb kapitulieren. Das öffentliche Leben ist jetzt nicht auf den Zusammenschluß der Kräfte eingestellt, sondern auf die Parteiherrschaft. Wir bedürfen aber gerade jetzt eines besonders stark entwickelten Nationalgefühls und müssen alle Kräfte im Volke aufpeitschen, um den Schmachfrieden von Versailles los zu werden. Auch zum Heer hat die Koalitionsregierung nicht die richtige Fühlung gefunden, dadurch ist gewissermaßen auch der Kapp-Putsch entstanden. Der Redner erörterte weiter die bisherigen Maßnahmen und Gesetze zur Steuerung der Finanz- und Wirtschaftsnot und betonte, daß es notwendig sei, am rechten Orte zu sparen. Die Selbstverwaltung muß sachgemäß ausgebaut werden. Die freie Wirtschaft ist allmählich wieder anzustreben. Zum Schluß befaßte er sich mit den Aussichten der Wahl: Wenn die Mehrheitssozialdemokraten durch den Reichskanzler Müller angeben, einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei nicht beizutreten, so haben die Herren damit weiter nichts getan, als abermals die Unhaltbarkeit dieses ganzen parlamentarischen Systems nachzuweisen. Sie hoffen jedenfalls, daß sich unser Einfluß erheblich stärken wird. Es wird sich dann zeigen, ob wir davon mit oder ohne Koalition Gebrauch machen.

Bodenreform und Parteipolitik.

Von Hans Arthur von Kemnitz.

Von allen politischen Parteien ist die Deutsche Volkspartei die einzige, die die Grundgedanken der Bodenreform in ihr Programm aufgenommen hat. „Der heimatliche Boden ist unter ein Recht zu stellen, das seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte befördert, das jeden Mißbrauch ausschließt, und das die Wertsteigerung, die er ohne die Arbeit des einzelnen erhält, der Allgemeinheit nutzbar macht." So heißt es im ersten Absatz der Ziffer 23 unseres im Oktober v. Js. in Leipzig beschlossenen Parteiprogramms, und dieser Satz ist fast Wort für Wort dem § 1 der Satzungen des Bundes deutscher Bodenreformer entnommen.

Dieses programmatische Bekenntnis entsprach im übrigen lediglich den früheren Verlautbarungen der Partei in dieser Frage. Es sei hier nur erinnert an die in Nr. 10 der „Bodenreform" von 1919 abgedruckten Ausführungen der Programmrede Dr. Stresemanns auf dem Parteitage in Jena und an seine Rede in der Nationalversammlung vom 8. Oktober v. Js., die die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zum Gesetze über die Heimstätten aussprach.

Man hätte meinen sollen, daß, wenn Herr Damaschke, der verdiente Führer der Bodenreform, das mir nicht recht verständliche Bedürfnis fühlte, von seiner hohen über den Parteien stehenden neutralen Warte herabzusteigen und sich in das Getümmel des Wahlkampfes zu begeben, er sich derjenigen Partei hätte anschließen müssen, die sich die gesunden Grundgedanken der von ihm geleiteten Bewegung am deutlichsten zu eigen gemacht hat. Ein solcher Entschluß wäre um so natürlicher gewesen, als Herr Damaschke bereits vor 1½ Jahren, bei der Wahl zur Nationalversammlung, den Wunsch geäußert hatte, für die Deutsche Volkspartei in Frankfurt a. O. zu kandidieren, und als dieser Wunsch nur deshalb unerfüllt geblieben ist, weil er es damals ablehnte, der Deutschen Volkspartei förmlich beizutreten.

Daß Herr Damaschke sich statt dessen nunmehr entschlossen hat, Mitglied und Kandidat der Deutschen Demokratischen Partei zu werden, das werden viele seiner überzeugtesten Anhänger nicht verstehen. Sie werden und müssen sich fragen, wie er sich gerade zu jener Partei hingezogen fühlen konnte, in der das einer besonderen rechtlichen Behandlung des heimatlichen Bodens abholde Großkapital am stärksten vertreten ist, die unter ihren Führern einen Gothein aufweist, den einst Damaschke selbst des Bodenwuchers anklagte, und deren Vertreter noch in den letzten Wochen zur Frage der Bodenreform in Wendungen Stellung nahmen, die mindestens als gewunden zu bezeichnen sind.

Man sieht, gerade der überzeugte Bodenreformer hat am wenigsten Anlaß, dem Beispiel seines Führers zu folgen und der Demokratischen Partei am 6. Juni seine Stimme zu geben. Aber kann man denn in dieser schicksalsschweren Entscheidungsstunde, in der es um nichts anderes, als um Sein oder Nichtsein unseres Volkes geht, seine parteipolitische Stellungnahme überhaupt davon abhängig machen, in welchem Lager der Führer der Bodenreform steht? Ich, der ich selbst der Ortsgruppe Frankfurt a. O. der Bodenreformer als Mitglied angehöre, bin gewiß der letzte, der die Wichtigkeit der Bodenreform unterschätzt, trotzdem nicht zu verkennen ist, daß die Schwierigkeiten, die sich einer erfolgreichen Kleinsiedlung entgegenstellen, im Augenblick weit weniger in den Bodenpreisen, als in den hohen Baukosten zu suchen sind. Aber gibt es nicht Dutzende von andern Fragen, deren richtige Beantwortung zum mindesten ebenso wichtig ist, wie diejenige der Bodenreform? Gilt es nicht vor allem, mit aller Kraft dafür zu sorgen, daß unsere darniederliegende Volkswirtschaft nicht weiter zum Versuchskaninchen für sozialistische Experimente gemacht wird? Gilt es nicht, unser Volk frei zu machen von dem Banne unklarer, weltbürgerlicher Gedankengänge, und statt dessen dem realpolitischen, vaterländischen Empfinden auf dem Gebiete der inneren und vor allem der äußern Politik wieder freie Bahn zu schaffen? Und hängt nicht unsere ganze Zukunft davon ab, daß wir auch die Erziehung unserer Jugend mehr als je unter die Herrschaft nationaler und christlicher Ideen stellen, daß wir alle guten und moralischen Kräfte, die noch in unserem Volke lebendig sind, sorgsam pflegen und weiter entwickeln? Und wer hätte in allen diesen Dingen mehr versagt, als die Demokratie beider Richtungen, die bürgerliche Demokratie ebenso sehr wie die sozialistische? Und in einem solchen Augenblicke bringt es Herr Damaschke fertig, seinen Namen dazu herzugeben — denn das ist es, was die bürgerliche Demokratie bezweckt — das schwankende, dem Einsturz nahe Gebäude der Demokratischen Partei durch seine Persönlichkeit zu stützen. Herr Damaschke, der stets betont hat, daß er nicht nur sozial, sondern auch national gesonnen ist? Durch solche Handlungsweise hat er bewiesen, daß er zwar ein tüchtiger, verdienstvoller Spezialist, nicht aber der politische Kopf, der Staatsmann ist, dessen das deutsche Volk in der Stunde seiner höchsten Not bedarf, und diese Haltung wird auch seine Anhänger dazu zwingen, hinfort zu unterscheiden zwischen dem bewährten Führer der Bodenreform und dem Staatsmann Damaschke, der des politischen Weitblicks leider entbehrt.

Diese Erwägungen sind so leicht verständlich, daß jeder Denkende sie begreifen muß. Und deshalb glaube ich nicht, daß die Demokratische Partei den Zweck, den sie mit der Kandidatur Damaschke verfolgt, erreichen wird. Ich glaube aber, daß Herr Damaschke durch seine parteipolitische Stellungnahme der guten Sache, an deren Spitze er steht, einen schlechten Dienst erwiesen hat, da mancher Bodenreformer sich nicht nur für den Augenblick der kommenden Wahl, sondern auch für die Zukunft enttäuschten Herzens von seinem einst so verehrten Führer abwenden wird. Das einmal offen auszusprechen, war angesichts der geschäftigen Reklame, die von demokratischer Seite mit Damaschkes Namen getrieben wird, vaterländische Pflicht.

Die Deutsche Volkspartei und die Angestellten.

Die Demokraten machen jetzt viel Geschrei mit einem Antrag Schneider-Sachsen auf Erhöhung der Versicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung von 5000 auf 15 000 Mark. Die Deutsche Volkspartei hat diesem Antrage zugestimmt. Jedoch hatte ihr Vertreter Abg. Dr. Most bereits am 25. November 1919 an die Nationalversammlung einen grundlegenden Antrag auf Abänderung und Ergänzung des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1911 eingebracht hat. Der Antrag lautet:

Die Nationalversammlung wolle beschließen: die Reichsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf betreffend Abänderung und Ergänzung des Versicherungsgesetzes für Angestellte vom 20. Dezember 1911 vorzulegen, in dem eine wesentliche Erhöhung der Jahresverdienstgrenze gemäß § 1, letzter Absatz, unter entsprechender Abänderung der §§ 16 und 172, eine Erhöhung der Versicherungsleistungen namentlich auch für Witwen und Waisen und eine Beseitigung derjenigen Bestimmungen des Gesetzes vorgesehen

wird, die im Laufe der letzten 8 Jahre von den Beteiligten berechtigterweise als Härten, als unzweckmäßig oder unbillig empfunden worden sind.

Die demokratisch-sozialistische Mehrheit der Nationalversammlung hatte damals keine Zeit, dem Antrage der Deutschen Volkspartei entsprechend zu beschließen. Wenn jetzt der Antrag Schneider einiges von dem Versäumten nachholt, so ist das doch immer nur ein Teil der grundlegenden, von der Deutschen Volkspartei bereits im November vorigen Jahres gestellten Forderungen zugunsten der Angestellten. Deshalb betonte der Abgeordnete Dr. Mest gleichzeitig, daß es sich bei dem Antrag Schneider nur um ein Provisorium handeln könne. Nach wie vor legt die Deutsche Volkspartei vor allem auf die Selbständigkeit der Angestelltenversicherung den größten Wert. Dem sozialdemokratischen Antrag Hoch-Loebe auf Erhöhung der Grenze bis 25 000 Mark konnte die Deutsche Volkspartei nicht zustimmen, weil er nur ein Wahlmanöver bedeutete. In der Ausschußsitzung hatten sich nämlich die Parteien einstimmig auf 15 000 Mark geeinigt, auch die Sozialdemokraten hatten dem zugestimmt. Lediglich aus Wahlrücksichten brachten sie dann im Plenum plötzlich den Antrag auf Erhöhung der Grenze auf 25 000 Mark ein. Dieser Antrag wurde deshalb auch von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Die Deutsche Volkspartei wird nach wie vor mit allen Kräften die berechtigten Interessen der Angestellten wahrnehmen, wie sie das bisher wiederholt gegen sozialistische und demokratische Uebergriffe getan hat. Sei nur an das eigentümliche Verhalten der Demokraten bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes erinnert. Damals haben die Mehrheitsparteien gegen die deutsch-volksparteilichen Anträge gestimmt, wonach im Betriebsrat keine der beiden Gruppen (Angestellte einerseits, Arbeiter anderseits) durch weniger als ein Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder vertreten sein sollen. Die Mehrheitsparteien stimmten auch dagegen, daß unbeschadet der weitgehenden Möglichkeit gemeinsamer Beratung alle Abstimmungen innerhalb des Betriebes getrennt nach Arbeitergruppen einerseits und Angestelltengruppen anderseits erfolgen sollten. Dadurch schränkten die Mehrheitsparteien den Einfluß der Angestellten in ganz bedenklicher Weise zugunsten der Arbeiterschaft ein.

Wahlgespenster.

Seitdem die Demokraten und die Sozialdemokraten eingesehen haben, daß die Wahlen am 6. Juni verhängnisvoll für ihre bisherige Machtstellung ausschlagen müssen, versuchen sie, das drohende Unheil mit den unglaublichsten Mitteln aufzuhalten. So nehmen sie ihre Zuflucht zu Wahlgespenstern, die offenbar die Wählerschaft schrecken und den Demokraten und Sozialdemokraten wieder in die Fangarme treiben sollen. Ein Schreckgespenst dieser Art ist die Behauptung, die Entente werde sich nur mit einer demokratischen Regierung in Deutschland abfinden. Freiherr v. Richthofen, der bekannte, aber nicht gerade sehr berühmte Diplomat der Demokratischen Partei, hat diese Weisheit in die Worte gefaßt, daß man demokratisch wählen müsse, wenn man wieder zu guten ausländischen Beziehungen kommen wolle. Mit solchen Redensarten stellt man die Wirklichkeit vollkommen auf den Kopf. Wenn man von einer demokratischen Regierung im Gegensatz zu einer Gewaltherrschaft spricht, so ist in diesem Sinne jede Regierung demokratisch, die auf Grund des Wahlergebnisses vom 6. Juni gebildet wird. Wenn aber die künftige deutsche Regierung parteipolitisch weniger demokratisch abgestempelt wäre, als die gegenwärtige, so würde daraus für die deutsche Außenpolitik zweifellos ein großer Gewinn erwachsen. Dem Auslande fehlt aus guten Gründen zu der Dauerhaftigkeit der gegenwärtigen Regierung jedes Vertrauen. Ein Ruck nach rechts würde dem Auslande den Glauben nicht nur an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sondern auch an die politische Gesundung Deutschlands zurückgeben. Und deshalb muß gerade vom Standpnkt unserer auswärtigen Politik der 6. Juni zu einem schwarzen Tag für Demokratie und Sozialdemokratie werden.

Nicht minder töricht ist die demokratische Behauptung, durch den Ruck nach rechts und den entsprechenden Ruck nach links werde eine Spannung eintreten, die die Gefahr des Bürgerkrieges naherücke. Vor allen Dingen sollte die Demokratische Partei es ängstlich vermeiden, sich unter diesen Gesichtspunkten als die unentbehrliche Partei der Mitte anzupreisen. Für diese Rolle hat sie durch ihre Verbrüderung mit der Sozialdemokratie jede Eignung verloren. An ihre Stelle wird eine andere parlamentarische Grundlage treten, auf der sich die Sammlung der Mitte wirklich und erfolgversprechend und ohne jede Bürgerkriegsgefahr vollziehen kann. Nur geben sich freilich die Demokraten und die Sozialdemokraten alle Mühe, gegen diese Möglichkeit ein drittes Schreckgespenst ins Feld zu führen. Sie schwören hoch und heilig, daß eine Koalition, die etwa ihre Grenze nach rechts erweitern wolle, für sie niemals in Frage kommen könne. So hat Herr Müller, der z. Zt. noch als Reichskanzler zeichnet, in Nürnberg stolz wie ein Spanier erklärt, daß seine Partei mit der Deutschen Volkspartei nicht zusammengehen werde. Einen ähnlichen Eid hat bereits das „Berliner Tageblatt“ geschworen. Herr Schiffer, der an sich dem richtigen Gedankengang zugänglich ist, meint in der „Magdeburgischen Zeitung“, es sei psychologisch verkehrt, wenn man erst die Parteien gründlich zerschlagen wolle, um dann später mit ihnen eine Regierung zu bilden, denn eine Partei lasse sich nicht wie eine Figur auf dem Schachbrett hin und herschieben.

Wir legen allen diesen Aeußerungen nicht den geringsten Wert bei. Für die Deutsche Volkspartei steht jedenfalls das eine fest: Sie wird sich nach den Wahlen an der Regierungsbildung nur dann beteiligen, wenn sie die Sicherheit besitzt, daß sie dann ihre bislang programmatisch verfochtenen Grundsätze des politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus auch praktisch verwirklichen kann. Sie weiß, daß zu diesem Zweck die Demokraten und Sozialdemokraten aus ihrer bisherigen Position geworfen werden müssen, und sie wird deswegen alle Kraft darauf verwenden, diese Arbeit am 6. Juni zu vollbringen. Dann werden die Wahlgespenster von selbst verschwinden. Und die Herren Müller und Schiffer werden wohl inzwischen Gelegenheit gehabt haben, über die Möglichkeit der Regierungsbildung gründlich umzulernen.

Was will die Deutsche Volkspartei?

Nicht Herrschaft eines Einzelstandes —
Das Wohl des ganzen Bürgertums,
Den Aufstieg unseres Vaterlandes
Und Wiederkehr des alten Ruhms,
Ein Deutschland, stark, gesund und frei,

Das will die Deutsche Volkspartei!

Darum wählt die

Liste Winnefeld-Vögler-Klingspor

Der U-Bootkrieg als Wahlmanöver.

Das „Berliner Tageblatt“ und der „Vorwärts“ bringen gleichzeitig — offenbar verabredungsgemäß — aus den Protokollen des Untersuchungsausschusses Mitteilungen über die Verhandlungen, die im Januar 1917 der Erklärung des unbeschränkten U-Boot-Krieges vorausgingen. Für jeden vernünftigen Menschen geht aus diesen Protokollen nur hervor, daß man im deutschen Hauptquartier nach dem Urteil der Sachverständigen des Landheeres und der Marine den U-Boot-Krieg für das einzige und letzte Mittel hielt, um den Krieg erfolgreich abzukürzen, eine Tatsache, die ja auch schon durch die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses völlig klar erwiesen worden ist. Der „Vorwärts“ und das „Berliner Tageblatt“ aber möchten aus dieser Veröffentlichung eine Waffe für den Wahlkampf schmieden und deshalb versieht der „Vorwärts“ die Wiedergabe der Protokolle mit der Ueberschrift: „Aus der Werkstatt der Reichsverderber“, während das „Berliner Tageblatt“ dieselbe Tendenz aus der großen Ueberschriftszeile sprechen läßt: „Wie wir in die Katastrophe trieben“. Im Text selbst wird dann noch kräftig unterstrichen, daß die Entschließung zum unbeschränkten U-Boot-Krieg Amerika auf den Kriegsplan gerufen und dadurch Deutschlands Unheil verschuldet habe.

Die beiden Blätter müssen der Oeffentlichkeit ein recht schlechtes Gedächtnis zutrauen. Denn in der öffentlichen Verhandlung des Untersuchungsausschusses ist durch das Verhör des Grafen Bernstorff, also gewiß eines unverdächtigen Zeugen, die wahre Gesinnung und die wahre Absicht des Präsidenten Wilson einwandfrei festgestellt worden. Es wurde bei dieser Gelegenheit auch das Kreuzverhör zur Sprache gebracht, dem Präsident Wilson nach Beendigung des Krieges im amerikanischen Senat durch die Fragen des Senators Max Cumber ausgesetzt war. In diesem Verhör hat Wilson auf die Frage, ob Amerika in den Krieg eingetreten wäre, auch wenn Deutschland keinen feindseligen Akt gegen die Vereinigten Staaten begangen hätte, mit einem unzweideutigen Ja geantwortet, und zwar nicht nur einmal, sondern infolge verschiedenartiger Formulierung derselben Frage zu wiederholten Malen. Wenn „Berliner Tageblatt“ und „Vorwärts“ unter diesen Umständen den damals verantwortlichen Männern, die nach bester Ueberzeugung aus vaterländischem Pflichtgefühl gehandelt haben, eine moralische Schuld aufzuladen versuchen, so begehen sie damit eine an Niedertracht grenzende Gewissenlosigkeit, die auch durch die schwersten Wahlsorgen nicht entschuldigt werden kann.

Wozu erst wählen?

An alle Wahlmüden.

Die Wahl ist da — und in tiefer Ruh, das kann man wohl sagen, liegt Deutschland, das so oft schon, seit die Novemberrevolution über unser Volk hinweggebraust ist, von krampfhaften Zuckungen geschüttelt wurde. Wahlmüdigkeit nennen es die einen, die entsetzt auf die Folgen der Parteiverwüstungen starren, in der unser politisches Leben während der letzten beiden Jahre gestanden hat; Parteiverdrossenheit die anderen, die mit Sicherheit darauf rechnen, daß der biedere Deutsche auf die Dauer die elende Parteiwirtschaft, die an die Stelle des alten Systems getreten ist, unmöglich ertragen wird. Wer die Dinge nimmt, wie sie sind, wird feststellen, daß es einer besonderen Aufklärungsarbeit für die Wahlen diesmal gar nicht bedarf. Die grausamen Erfahrungen des letzten

Jahres haben die beste Aufklärungsarbeit geleistet, die man sich denken kann. Gegen sie wird keine Wahlagitation der Welt aufkommen.

Allerding, die regierenden Parteien tun recht daran, von Wahlmüdigkeit zu reden. Denn niemals wohl ist eine Gefolgschaft schmählicher getäuscht worden, als die Anhängerscharen der drei koalierten Parteien. Mit fast einem Dutzend Millionen Wählerstimmen ist die Sozialdemokratie in die Nationalversammlung eingerückt und hat alsbald so ziemlich von allen Machtpositionen des Staates Besitz ergriffen. Aber der Mehrheitssozialist, der mit der Arbeitsleistung seiner führenden Genossen heute zufrieden ist, müßte im ganzen Reich mit der Laterne gesucht werden. Aerger denn je tobt der Bruderzank in der Arbeiterschaft, und kein Schimpfwort aus dem überreich dotierten Schimpflexikon, mit dem das Bürgertum seit Jahrzehnten von links her bombardiert worden ist, haben die Unabhängigen den Scheidemännern und die Kommunisten jetzt wieder den Unabhängigen geschenkt. Die Demokraten ihrerseits, die sich und der Welt einst einreden wollten, sie seien zur Führung im neuen Deutschland berufen, haben nach außen hin zwar die Verantwortung für den Schmachfrieden von Versailles abgelehnt, dafür aber um so unterwürfiger im Innern gegenüber der Sozialdemokratie einen Schmachfrieden nach dem anderen auf sich genommen. Immer natürlich nur dem Zwang gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, immer nur „zum Besten des deutschen Volkes", immer nur, „um noch Schlimmeres zu verhüten". Mit dieser kläglichen Haltung sind wir Schritt für Schritt der ausgesprochenen Diktatur des Proletariats näher gekommen, eine Tatsache, die nach den Tagen des Kapp-Putsches nur noch immer unzweideutiger, nur noch immer schimpflicher hervortrat. An allem, was der gutbürgerlichen Tradition hehr und heilig war, wurde gerüttelt: an den Grundlagen des unvergleichlichen deutschen Beamtentums, an der Unverletzlichkeit des Eigentums, an der Rechtlichkeit unserer öffentlichen Verwaltung, ja sogar an der Unabhängigkeit der Justiz, ohne die Freiheit und Ordnung undenkbar sind.

Immer und überall fuhren die Demokraten, wie Dr. Wiemer es zutreffend ausdrückte, im Anhängerwagen hinter der Sozialdemokratie. Und kein noch so heuchlerischer Aufruf an die schaffenden Stände in Stadt und Land, keine noch so dreiste Umwerbung von Offizieren und Soldaten, kein noch so verlegenes Stammeln vor den führenden Männern unseres Wirtschaftslebens kann jetzt über die Uebel hinwegtäuschen, die gerade die Demokratische Partei durch ihr würdeloses Hinterherlaufen hinter der Sozialdemokratie auf ihr Gewissen geladen hat. Und was das Zentrum betrifft so braucht nur der Name Erzberger genannt zu werden, um das ungeheure Schuldkonto in Erinnerung zu rufen, mit dem diese Partei vor der deutschen Wählerschaft belastet ist. Sie ist denn auch von Wahlmüdigkeit nicht nur, sondern an allen Ecken und Enden von Absplitterungen bedroht, deren Folgen im neuen Reichstag voraussichtlich schon schwer genug ins Gewicht fallen werden.

Diese drei Parteien der Mitte — der Sozialdemokratie hätte man noch vor wenigen Jahren prophezeien sollen, daß sie mit der Demokratie und dem Zentrum zusammen auf Gedeih und Verderb in einen Wahlkampf ziehen würde! — suchen für sich zu retten, was zu retten ist, mit der einigermaßen heiter anmutenden Begründung, daß wir dem Untergang geweiht seien, wenn die allein seligmachende Koalition nicht siegreich den Wahlkampfplatz verlassen würde. Die Guten ahnen nicht, wie sehr diese drollige Prophezeiung jede Zugkraft eingebüßt hat. Die denkenden Teile des Volkes sind von keiner anderen Ueberzeugung stärker durchdrungen als davon, daß die heutigen Regierungsparteien völlig abgewirtschaftet und daß wir von ihnen auch nicht das geringste mehr zu hoffen haben. Für diese Mehrheit galt nur ein Gesetz, und das ist das Gesetz der Straße. Dabei können weder Staat noch Wirtschaft, weder Recht noch Moral gedeihen. Deshalb darf kein Wähler diese Parteien unterstützen, der sich noch einen letzten Rest von Hoffnung auf Wiederaufrichtung unseres armen Vaterlandes bewahrt hat.

Geht man von den Parteien der Mitte nach rechts und links, so ist von Wahlmüdigkeit schon weniger zu spüren. Der Fanatismus der radikalen Parteien glaubt sich ziemlich nahe am Ziel und in der Tat winkt ihrem Eifer ein hoher Preis. Mit dem Stimmzettel allein werden sie ihn nicht gewinnen können; wer aber darf sagen, daß sie sich auf dieses ihnen an sich sehr gleichgültige Kampfmittel beschränken werden? Um so entschlossener sind die rechtsstehenden Parteien und besonders die Deutsche Volkspartei in die Wahlbewegung eingetreten. Für sie arbeiten die unverzeihlichen Fehler ihrer Gegner mit so siegreicher Kraft, daß eigene Sünden, die in den Wirren dieser Tage auch nicht ausbleiben, so ziemlich unschädlich verpuffen. Die national gesinnte Wählerschaft, die sich durch eine unüberbrückbare Kluft getrennt sieht von den Gesinnungen und von den politischen Arbeitsmethoden, die heute an der Herrschaft sind, weiß, daß sie einen langen und einen schweren Kampf zu führen haben wird, um Deutschland wieder herauszuführen aus der Schmach, in die es versunken ist. Dieser Kampf kann aber in erster Reihe nur mit dem Stimmzettel geführt werden, den die Verfassung allen Zwanzigjährigen beiderlei Geschlechts verliehen hat. Und keiner wird und darf fehlen, dem die Politik der Heutigen ein Greuel ist, weil sie die Machtstellung unseres Volkes nicht nur, sondern auch seine Kultur und Moral, seine Rechtssitten untergräbt. Die Frage: Wozu erst wählen?, die man so ziemlich von jedem zweiten Anhänger der Regierungsparteien hören kann, existiert nicht für diejenigen Wählermassen, die genug und übergenug haben von der Unfähigkeit der Männer, deren Händen unser Schicksal anvertraut ist. Sie wollen den wahrhaft Tüchtigen wieder in Deutschland an die Stelle gesetzt sehen, die ihm gebührt, und sie werden deshalb mit allen Kräften für einen ausgesprochenen Wahlerfolg der Deutschen Volkspartei arbeiten. Und am 6. Juni werden sie wissen, was das Wohl des Vaterlandes von ihnen fordert.

Deutsche Frau!

Dein Volk braucht dich, vertraut auf deine Treue zu dir selbst, deiner Familie und deinen Kindern, deiner Kirche und deiner Religion. Alles, was der deutschen Frau heilig ist, steht in Gefahr. Deshalb, ihr deutschen Frauen, stimmt für die

Liste Winnefeld

der

Deutschen Volkspartei

Die zweite deutsche Nationalversammlung.

Von Klara Mende, M. d. N.

Am 6. Februar 1919 mit großen Erwartungen eröffnet, erhoffte das deutsche Volk von ihrer Arbeit eine Gesundung seiner zerrütteten Zustände: am 21. Mai 1920 mit einem parlamentarischen Trauerspiel — Beschlußunfähigkeit — geschlossen steht das deutsche Volk an dem Grabe seiner Hoffnungen. Die Gesundung ist nicht gekommen. Herr Ebert, damals Volksbeauftragter, doch nur beauftragt von einem kleinen Teil des Volkes, einer Partei, hat sie in Weimar mit einer mit Phrasen und Zitaten überhäuften Rede eingeleitet, heute als erwählter Reichspräsident aber immer noch in erster Linie Genosse geblieben, hat sie Ebert mit einem ähnlichen Elaborat geschlossen. Mit diesen wenigen Worten kann ein unfreundlicher Geschichtsschreiber die Nationalversammlung in einem historischen Ueberblick abtun. Ein freundlicher Nachredner wird noch hinzufügen, daß sie dem deutschen Volke eine Verfassung gegeben und den Frieden gebracht hat — leider den Frieden von Versailles. Die beiden Dokumente sind kennenswert für jeden Deutschen, die Verfassung ist ein Schulbeispiel für die Parteiregierung und den zur Karikatur gewordenen Parlamentarismus in unserm Volk; das Friedensdokument von Versailles ist ein schmerzhaftes Zeugnis von der Unkenntnis fremder Völker und deren Psyche von seiten unserer augenblicklichen Staatsmänner, von denen Lloyd George sagt, sie scheinen nicht über das Maß der Mittelmäßigkeit hinauszukommen, ein hartes, aber wie man wohl anerkennen muß, ein gerechtes Urteil.

Vergessen wir nicht die Unzahl der Gesetze, die die Nationalversammlung noch fabriziert hat, allem voran die Erzbergerschen Steuergesetze.

Dem allen standen wir Frauen als Neulinge gegenüber, und wir kamen hinein in das parlamentarische Getriebe mit Stolz im Herzen, daß wir auserwählt sein sollten, mit Geschichte zu machen, sowie mit dem Gefühl der großen Verantwortung, ob wir auch der Größe unserer Aufgabe gewachsen sein werden. Der Stolz ist verschwunden, die Verhandlungen standen oft auf einem Tiefstand, daß man sich schämen mußte, in diesem streitenden, schreienden, tobenden Haufen die Auserwählten des deutschen Volkes zu stehen

Schlimm war es, wenn die Sozialdemokraten beider Richtungen und die Demokraten mit der Rechten abrechneten und dabei eigentlich nur von alten, längst erledigten Geschichten sprechen, die weder besser noch schlechter, vor allem aber nicht ungeschehen gemacht werden können durch die längsten Reden der Genossen und ihres Anhängsels. Die Politik wird in Deutschland mit so viel Gefühl und so wenig Verstand gemacht, im geraden Gegensatz zu England, jenem Land, das doch unsern demokratischen Schwärmern als Ideal vorschwebte, von dem sie aber nur äußere Einrichtungen, aber nicht den politischen Geist, der diese Einrichtungen beleben muß, mit übernommen haben.

Schlimmer war es, wenn bei allen kulturellen Fragen hinter den Kulissen Schacher getrieben wurde, und die Mehrheitsparteien verhandelten, als ob keine Minderheitsparteien da wären, die hinter sich auch einen Teil des deutschen Volkes haben. Wie konnten gerade die Sozialdemokraten und die alten Freisinnigen im ehemaligen deutschen Staat aufbegehren gegen die Vergewaltigung der Minderheiten. Ist es darum besser, daß die heutige Minderheit auf der anderen Seite sitzt? Ein Fehler ist darum immer noch ein Fehler, auch wenn er von denen begangen wird, die ihn vorher getadelt haben.

Am schlimmsten war es bei der Behandlung nationaler Fragen. Wenn einem Traub, der nur einen schwächlichen mißlungenen Versuch gemacht hat, die jetzige Parteiregierung zu stürzen, der Schutz der Immunität versagt wird, und wenn ein Braß, der mit der Entente verhandelt hat, ihr Pa-

piere ausliefert, die er der eigenen Regierung vorenthalten hat, weiter unbehelligt bleibt. Niederdrückend war es, in der vorletzten Sitzung Frau Zetz zu hören, mit welchem mangelnden Rasse- und Volksempfinden diese Frau den entsetzlichen Zuständen im besetzten Gebiet gegenüber steht. Nicht ein einziges Mal ist in nationalen Fragen die deutsche Nationalversammlung ganz einig, ganz geschlossen gewesen. Das haben wir Frauen nicht verstanden, daß eine Nationalversammlung so wenig national sein konnte.

Was haben wir sonst mitgenommen von der ersten Etappe unserer parlamentarischen Betätigung? Einmal die Erfahrung, daß wir Frauen in der Mehrzahl unsere Pflichten mit größter Gewissenhaftigkeit erfüllt haben, daß wir mit weiser Zurückhaltung uns erst eingelebt haben in all das Neue, erst lernen wollten, ehe wir uns auf die Rednertribüne begeben. Dann aber, daß wir nicht so ängstlich zu sein brauchen vor der politisch-parlamentarischen Ueberlegenheit des Mannes, der uns an Erfahrung um Jahrzehnte voraus ist oder sein sollte. Wir sind immer bemüht, nur ganz besonders tüchtige und befähigte Frauen für die Parlamente vorzuschlagen, die Herren erheben stets die gleiche Forderung — aber nur für die Frauen; selten legen sie diesen strengen Maßstab für sich selbst an. Es wäre wirklich wünschenswert, wenn der männliche Teil des zukünftigen Reichstages nur aus den allerbesten Köpfen des deutschen Volkes bestände; denn es harren seiner große und schwere Aufgaben: Deutschland heraus zu führen aus dem Sumpf und wieder auf gutes Land zu bringen. Der alte Staat soll zusammengebrochen sein, die Republik hat uns noch keinen Führer gebracht, die Sozialdemokratie war auch ein Teil des alten Staates und hat sich noch nicht gewandelt, sie ist noch immer negativ und destruktiv und sollte positive und konstruktive Arbeit leisten. Daß sie das nicht kann, hat sie in der Nationalversammlung bewiesen; sie wird sich ändern müssen, oder sie wird nicht mehr sein können. Deutschland muß bestehen, Parteien können vergehen. Die Nationalversammlung hat zu sehr den Parteien gedient; der neue Reichstag muß mehr Deutschland dienen.

Wahlspiegel.

Beim Wählen zeige deine Schläue,
Kurz ist der Wahn, lang ist die Reue.

Drum prüf' und wähle mit Bedacht,
Was dir am meisten Freude macht.

Der Kriegsgewinnler und der Schieber
Wählt Erzberger und sein Kaliber

Für „Unabhängig" stimmt der Mann,
Der ohne Streik nicht leben kann.

Und hast an Hochverrat du Spaß,
Dann wähle den Genossen Braß.

Wer für die Handgranaten ist,
Bekenne sich als Kommunist.

Den Rest der Mehrheitssozialisten
Verschlingen bald die Spartakisten.

Mit großen Worten, kleinen Taten
Umwerben dich die Demokraten.

Den Aufbau, nicht die Lodderei,
Das will die Deutsche Volkspartei.

Und willst du's auch, greif nicht daneben,
Laß dir den richt'gen Zettel geben.

Dann kehrt auch Ordnung und Verstand
Zurück ins deutsche Vaterland.

Auf zur Wahl!

Eilt, eilt!

Das neue Reichseinkommensteuergesetz, welches am 1. April 1920 in Kraft getreten ist, schreibt in seinem § 13 unter Nr. 7 vor, daß Beiträge an politische Vereinigungen, soweit ihr Gesamtbetrag 10 Prozent des Einkommens der Einkommensteuerpflichtigen nicht überschreitet, von dem Einkommen bei der Veranlagung abgezogen werden können. Das ist eine für unsere Parteifreunde in Stadt und Land praktisch außerordentlich wichtige Bestimmung. Sie besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß durch derartige Beiträge die Höhe des steuerpflichtigen Einkommens ganz erheblich vermindert werden kann. Man spart also besonders mit Rücksicht auf die in den höheren Stufen der Einkommensteuer sehr wirksame Staffelung der Steuer recht erhebliche Beträge, die man der Allgemeinheit dadurch zuführen kann, daß man sie seiner politischen Partei als außerordentliche Zuwendungen gibt. — Es ist klar, daß die Unkosten der heutigen Wahlkämpfe, ganz abgesehen von der Materialverteuerung auf allen Gebieten, durch die um ein vielfaches vergrößerte Werbearbeit ganz bedeutend verteuert sind. Wir können der Partei alle helfen, ohne uns selbst besonders weh zu tun, wenn wir von unserem Einkommen eine freiwillige Steuer unserer Deutschen Volkspartei abgeben, um ihr Munition für den Wahlkampf zu verschaffen.

*

Verrat am Bürgertum.

Dieser Tage hielt, wie die Nationalliberale Korrespondenz meldet, die Demokratische Partei von Erfurt eine öffentliche Versammlung ab, in der der Leiter der Veranstaltung, der Rechtsanwalt Tiedemann, vor den extremen Parteien in der Politik warnte. Zu gleicher Zeit aber hielt er eine Koalition seiner Partei mit den Unabhängigen für durchaus geboten, wenn das Volk, wie es in Braunschweig schon geschehen sei, national wählen sollte. Herr Tiedemann, der Vorsitzender des Bezirksverbandes Thüringen der Demokratischen Partei ist und wohl mit den Ansichten der Zentralleitung seiner Partei vertraut sein dürfte, hat mit dieser Wendung endgiltig den Strich zwischen der Demokratischen Partei und den wahren Interessen des Bürgertums gezogen. Eine Partei, die aus reiner Koalitionswut und um unter allen Umständen das Ruder der sozialistischen Politik weiterzuführen, sich nicht scheut, mit den Linksradikalen, also den grundsätzlichen Gegnern jeglicher Ordnung und allen Wiederaufbaus, Hand in Hand zu gehen, kann nicht mehr den Anspruch erheben, sich als eine bürgerliche Partei zu bezeichnen. Wenn noch irgend etwas nötig war, den deutschen Wählern Klarheit über die Gesinnung der Demokraten zu verschaffen, so war es die Aeußerung des Rechtsanwalts Tiedemann, auf die das Bürgertum am 6. Juni die richtige Antwort geben wird.

*

Eine Zentrumsstimme über Erzberger.

Unter der Ueberschrift „In letzter Stunde" bringt die Görres-Korrespondenz für Zentrumswähler und Zentrumspresse einen Artikel, dem folgendes entnommen sei:

Das schlimmste ist, daß sich der Wahlkampf in für das Zentrum tief beschämenden Formen vollzieht. Formell gehört Erzberger noch der Fraktion an; er ist auch für seinen früheren Wahlkreis wieder als Kandidat aufgestellt. Wenn also dieser Tage bei einer großen Wahlversammlung der Deutschen Volkspartei ein früherer Abgeordneter und angesehener Politiker sagen durfte: „Nächstens werden alle Steuerhinterzieher einen Verein bilden und den früheren Finanzminister Erzberger zum Vorsitzenden wählen", so ist es nicht nur für einen Zentrumsmann alter Schule, sondern für jedermann zum Zähneknirschen, daß dieser Schimpf einem offiziellen Mitgliede seiner Fraktion angetan werden kann, ohne daß dieses Mitglied es wagt, den Beleidiger wegen abscheulicher Verleumdung für mehrere Monate hinter Schloß und Riegel zu bringen. Ein Abgeordneter der ungestraft von seinen eigenen Reichstagskollegen so behandelt würde, wie Erzberger von dem erwähnten frühern Abgeordneten, könnte sich nicht halten, wäre unmöglich. Aber die Wahrheit drang bisher nicht zu den Wählern vor. Auch die württembergischen Wähler werden sich darüber klar sein müssen, daß die Wiederwahl Erzbergers den stolzen Zentrumsturm zum Bersten bringt. Infolge seiner Januarrede in Stuttgart löste sich die Bayrische Volkspartei vom Zentrum, Erzbergers Politik ist ursächlich an der Gründung der Christlichen Volkspartei Rheinlands schuld, weite westfälische Kreise wollen zur Deutschnationalen Partei abschwenken; würde Erzberger gewählt, so wird er entw der in die Fraktion aufgenommen oder nicht. Im ersteren Falle treten die besten Führer und mit ihnen zweifellos viele andere aus der Fraktion aus, im umgekehrten Falle wird es eine württembergische Fraktion geben. Auf alle Fälle ist das Zentrum ruiniert.

*

Eine Frage der Freiheit.

Wie kürzlich mitgeteilt, hat die „Freiheit" eine Räubermeldung veröffentlicht, in der ein buntes Gemisch von angeblichen Geldgebern der Deutschen Volkspartei zusammengestellt war. Wir haben bereits festgestellt, daß an dieser ganzen Geschichte kein wahres Wort ist. Die „Freiheit" hat sich aber offenbar noch nicht genug blamiert. Sie stellt deshalb neuerdings die Frage, ob es wahr sei, „daß der Vertreter der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, Herr Vögler, Mitglied der Deutschen Volkspartei und M. d. N., am letzten Mittwoch 500 000 Mark dem Wahlfonds zur Verfügung gestellt hat". Die neugierige „Freiheit" soll auf diese Frage eine Antwort erhalten. Es ist ihr ja vielleicht bekannt, daß der Abg. Dr. Vögler vom ersten Tage des Bestehens der Deutschen Volkspartei deren Schatzmeister ist. Da die Deutsche Volkspartei jetzt eine Million eingeschriebener Mitglieder zählt, deren Beiträge an die Kasse der Deutschen Volkspartei eingezahlt werden, so wird es sich nicht nur am letzten Mittwoch, sondern wahrscheinlich auch schon früher ereignet haben, daß der Schatzmeister der Deutschen Volkspartei eine solche Summe, wie sie die „Freiheit" nennt, der Parteikasse überwiesen hat. Wir empfehlen der „Freiheit", daraus eine neue Räubergeschichte zu machen. Wir können ihr zu diesem Zwecke verraten, daß die Summen, die durch die Hände des Schatzmeisters an die Kasse der Deutschen Volkspartei gegangen sind, gelegentlich sogar eine halbe Million überschritten haben.

Bei Hurnsteiner, Siegen, Bahnhofstraße, treffen sich jeden Mittwoch von 6—8 Uhr die Parteifreunde an einem Parteistammtisch; Auswärtige willkommen.

Ausschneiden! Ausfüllen!
Portofrei an die Post senden!

Hiermit bestelle ich für die Monate Juni und Juli die Wochenschrift

„Der Beobachter"

(Erscheinungsort Siegen).

Das Blatt bitte ich in meiner Wohnung abzugeben — werde ich am Postschalter abholen.

(Nicht Zutreffendes zu durchstreichen.)

Name _____

Wohnort _____ Straße _____

Verantwortlich herausgegeben vom Kreisverein Siegen der Deutschen Volkspartei (Herm. Klinglpor. 1. Vorsitzender), Geschäftsstelle Brüderweg 1 (Fernruf 1442). Gedruckt bei W. Vorländer, Obergraben 5/1, sämtlich in Siegen.

Arbeiterschaft und Steuerzettel.

Die Parteien der Koalitionsregierung stellen es so hin, als ob die **Erzbergersche Steuerpolitik** den **„Kleinen Mann“** verschone, als ob sie nur die großen Einkommen treffe.

Die Regierungsparteien wollen daraus für sich ein Verdienst ableiten. Sie behaupten, die rechtsstehenden Parteien seien nur deshalb **gegen** diese Steuerpolitik, weil sie nur den **Industriellen, Arbeitgeber** usw. ans Leder gehe. Der kleine Verdiener werde geschont. Das ist eine plumpe Wahllüge, und die **Regierung,** die bekanntlich nicht über den Parteien steht, sondern eine **unheilvolle Parteipolitik** betreibt, hilft bei diesem Wahlmanöver, indem sie es erstens unterlassen hat, den **Steuerzahlern in der Arbeiterschaft** über die **Höhe** ihrer Steuern reinen Wein einzuschenken, und indem sie in der **Eintreibung** der Steuern eine auffallende **Zurückhaltung** zeigt! **Nach** den Wahlen werden den Arbeitern die Augen aufgehen! Mancher, der ein Einkommen von 12 000 Mark hat, wird sich wundern, wenn er davon 3000 Mark, sage und schreibe **Dreitausend Mark** an Steuern abführen muß! Gegen dieses gewaltsame Einbohren der Steuerschraube in unser Einkommen hat die

Deutsche Volkspartei

jederzeit angekämpft, und sie wird das auch fernerhin tun. Die Deutsche Volkspartei hat sich damit als **viel sozialer** bewiesen, als es die sozialistischen Parteien sind. Es ist ein Skandal, die an sich kleinen Einkommen so zu versteuern! Jede Freude am **Lohn** für die Arbeit wird vernichtet. Sogar der **sozialistische** Finanzminister **Südekum** hat vor dieser Wegsteuerung der Einkommen gewarnt, weil wir unsere Geldmittel damit nur für den

Zugriff der Franzosen

bereit stellen. Wähler aus der Arbeiterschaft: **Gebt die Quittung auf Euren Steuerzettel am 6. Juni.** Bekennt Euch auch in der **Steuerpolitik** zu der Deutschen Volkspartei, deren Vertreter in der Nationalversammlung es bewiesen haben, daß Erzberger und Genossen von der Politik des Steuerzettels keine Ahnung haben.

Wählt die Liste
Winnefeld — Vögler — Klingspor!

Deutsches Volk, wache auf!

Du hast lange geschlafen, zu lange. Du hast dir vorreden lassen, es sei alles gut und habe keine Not. Deine Propheten haben gerufen: Friede, Friede! Haben wir jetzt Frieden? Nein! denn dieser **Friede** ist die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Nun ist die Not über dich gekommen, und du stehst am Abgrund, der dich zu verschlingen droht.

Nun haben wir das Elend ohnegleichen. Früher, selbst im Kriege, hatten wir unser **Brot,** mochte es auch manchmal knapp sein; jetzt steht der Hunger vor der Tür.

Früher hielt **Zucht und Ordnung** das Volk zusammen, jetzt herrscht die **Zuchtlosigkeit** und das Reich fällt auseinander.

Früher hielten unsere Heere die **Feinde fern vom heiligen Boden des Vaterlandes,** jetzt rücken sie immer tiefer ein. Die Feinde spotten unser und erdrosseln uns.

Und wem verdanken wir das?

Die **Sozialdemokratie** hat versagt. Ihr Traum der Völkerverbrüderung ist ausgeträumt.

Die **Demokratie** ist immer Schrittmacherin der Sozialdemokratie gewesen. Nackte Geldsackinteressen des Berliner Tageblatts und der Frankfurter Zeitung sind maßgebend. Und dabei werden andere von ihr Vertreter des Kapitals genannt:

Das **Zentrum** hat im Parlamente einen unnatürlichen Bund mit der Sozialdemokratie geschlossen.

Für deutsch denkende Männer und Frauen kommt die

Deutsche Volkspartei

in Betracht. Sie tritt ein für alle idealen Momente, die zum Wiederaufbau des Vaterlandes helfen können, für den nationalen Gedanken, für eine gesunde Sozialreform, für die Bildung einer **Regierung,** die **vom Vertrauen des ganzen Volkes getragen** ist, für eine Sammlung aller staatserhaltenden Kräfte, um unser Vaterland durch die schwere Erschütterung, die es erlebt, hindurch zu retten, aber sie macht mit Entschiedenheit

Front gegen die rechtlose Gewaltherrschaft einer einzelnen Klasse!

Westfalen in Stadt und Land, tretet ein in die Reihen der **Deutschen Volkspartei** und wählt die

Liste Winnefeld—Vögler!

Automobile
alle Typen
Vergaser, Magnete,
auch einzelne Teile
Zündkerzen
— neu und gebraucht —
kaufen ständig
Gebr. Lottes
Autowerkstätte
Siegen.

Wir suchen sofort
Grundstücke
Landwirtschaften, Gasthöfe, Ziegeleien, Hotels, Stadtgrundstücke und dergl. für sehr viele zahlungsfähige Kaufsuchende.
D. Landwirtschaftsbank
§16] **Berlin N. 24.**

Ia. Apfelwein,
von Traubenwein fast nicht zu unterscheiden, liefert im Faß an Wirte und sonst. Wiederverkäufer [1261
Gustav Hamm,
Niederlahnstein. Tel. 185.

Brennholz
(alle Holzarten)
kauft waggonweise laufend, sowie auch ganze Waldbestände jeder Art, zu Nutz-, Brenn-, Schwellen- und Grubenholz geeignet [4687
Josef Bohs,
Holzhandlung.
Hamm i. W — Tel. Nr. 157.

Wennemar Gatermann,
Koblenzer Str. 6 **Siegen i. W.** Koblenzer Str. 6.
In erstklassiger Friedensqualität
liefere ich
sämtliche Lacke, Farben, Oele und Leinölkitt
für Handel, Industrie und Gewerbe.

Emil Neumann
Löhrstrasse 21
Einrahmung u. Kunsthandel
Ständiges Lager in
gerahmten und ungerahmten Bildern u. Bilderleisten.

Geschäfts-Empfehlung.
Empfehle mich zur **Anfertigung** von **Geschäftsbüchern jeder Art** und für alle ins Fach schlagenden Arbeiten. **Einrahmen von Bildern** sauber u. staubdicht. **Runde und ovale Rahmen auf Lager.** Fertig gerahmte **Kunstblätter** in großer Auswahl.
Lieferung von Stempeln zu Tagespreisen.
Joh. Müller, Buchbinderei,
Siegen, Grüner Pfuhl Nr. 5.